

Sachsen-Anhalt geht voran: Einführung eines bundesweiten Schwerarbeitsmodells nach österreichischem Vorbild

Drucksache 8/6958 · eingebracht 2026-05-11 – Antragsteller: **AfD**Soziales Arbeit Gesundheit Alterssicherung

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat eine Initiative für ein bundesweites Schwerarbeitsmodell einzubringen, das Schicht- und Nachtarbeit als gesundheitlich belastend anerkennt und einen abschlagsfreien Renteneintritt bis zu fünf Jahre vor der Regelaltersgrenze ermöglicht.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung bundeseinheitlicher Definition von Schwerarbeit
- Schaffung gesetzlicher Grundlage für 'Schwerarbeitsmonate'
- Abschlagsfreier Renteneintritt bis zu 5 Jahre vor Regelaltersgrenze
- Anpassung des SGB VI und des Arbeitsschutzrechts

BEWERTUNG

7.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch abschlagsfreien vorzeitigen Renteneintritt für besonders belastete Arbeitnehmer:innen und fördert Menschenwürde (D1) durch Anerkennung gesundheitlicher Folgen von Schicht- und Nachtarbeit. Er berührt Solidarität (D2) positiv, indem er systemische Benachteiligung ausgleicht, bleibt aber in ökologischer Nachhaltigkeit (E3) und Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) neutral — keine konkrete Beteiligung oder Umweltwirkung wird adressiert. Ein zentraler Schwachpunkt ist die fehlende Verankerung in einer gemeinwohlorientierten Wertschöpfungskette (A-Bereich), etwa bei Lieferanten oder Beschaffung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Wissenschaftlich fundierte Begründung (IARC, BAuA)
- Konkrete, umsetzbare Forderungen (SGB VI-Anpassung)
- Zielgruppenorientierung (Pflege, Industrie, Logistik)

Schwächen

- Keine Verankerung in ökologischer Nachhaltigkeit
- Keine Einbindung von Bürgerbeteiligung oder Mitbestimmung in die Umsetzung
- Kein Bezug zu Lieferketten oder öffentlichen Beschaffungsprozessen (A)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	-	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	+	•	++	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 Soziale Gerechtigkeit – Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Abschlagsfreier Renteneintritt bis zu 5 Jahre vor Regelalter für Schwerarbeiter:innen

D1 Menschenwürde – Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +3

Anerkennung gesundheitlicher Belastung durch Schicht-/Nachtarbeit als Grund für früheren Renteneintritt

D2 Solidarität – Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +2

Ausgleich struktureller Benachteiligung in der Alterssicherung

B2 Solidarität – Finanzpartner:innen Bewertung: -1

Keine klare Darstellung der Finanzierung; Risiko einer unklaren Haushaltsbelastung ohne Kompensation

CDU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Die CDU Sachsen-Anhalt betont Familienförderung, Arbeitsmarktattraktivität und Alterssicherung ('Arbeiten im Alter attraktiver machen'), aber kein expliziter Bezug zu Schwerarbeitsmodellen oder abschlagsfreiem Renteneintritt. Der Antrag passt thematisch zur Zielsetzung einer 'ausreichenden, verpflichtenden Altersvorsorge' und zur Sorge um Pflegepersonal, bleibt aber außerhalb des konkreten Wahlprogramms.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 fordert ausdrücklich, 'die Rente und müssen das Arbeiten im Alter attraktiver machen' sowie eine 'verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge'. Die Forderung nach abschlagsfreiem Renteneintritt für besonders Belastete ist kompatibel mit dem Prinzip der 'Schöpfungsverantwortung' und 'sozialen Marktwirtschaft', wenn sie nicht pauschal, sondern evidenzbasiert gestaltet wird.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt den Kernforderungen des AfD-Wahlprogramms 2021 zur Pflege und Alterssicherung: 'Pflegeberufe aufwerten – Pflegenotstand beheben!' ([Q5]), 'Lebensleistung entsprechende Lösung' bei Renten ([Q1]) und 'finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen' ([Q7]) — hier erweitert auf Arbeitsbelastung als Leistungsfaktor. Die wissenschaftliche Begründung stützt sich direkt auf die im Programm genannte 'Lebensleistung'.

„10. Pflegeberufe aufwerten – Pflegenotstand beheben! Sachsen-Anhalts Pflegebranche leidet unter akutem Fachkräftemangel.“

AfD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 62

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont 'die Anzahl der Kinder, für die ein Rentner während seiner Erwerbsphase Verantwortung trug' ([Q6]) als Leistungsmaßstab — analog wird hier 'Schwerarbeitsmonate' als Leistungskriterium eingeführt. Auch die Forderung nach 'finanzieller Anerkennung der Elternleistung' ([Q7]) lässt sich auf körperliche und gesundheitliche Leistung übertragen. Einzig die fehlende Verbindung zur Demografie-Diskussion (S. 41–42) mindert den Score leicht.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

5/10

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert 'Tariftreue bei Vergaben' und '13€ Landesmindestlohn', aber keine spezifische Regelung zu Schwerarbeit oder Rentenflexibilisierung. Das Wahlprogramm thematisiert 'gesunde Arbeitsbedingungen' ([Q21]) und 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie', jedoch ohne Verknüpfung zu gesundheitsbedingtem Frührenteneintritt. Der Antrag ist nicht widersprüchlich, aber marginal verbunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

Das Hamburger Programm betont 'Sicher und aktiv im Alter' ([Q29]) und 'Recht auf Weiterbildung' ([Q28]), aber auch 'Gute Arbeit' als gesundheitsfördernd ([Q30]). Ein Schwerarbeitsmodell ist nicht erwähnt, steht aber nicht im Widerspruch — vielmehr ergänzt es die Forderung nach 'flexiblerem Übergang in den Ruhestand'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

4/10

Die GRÜNEN NRW fordern 'Klimaneutralität deutlich vor 2040' und '30% Naturschutzfläche', aber keine rentenpolitischen Spezifikationen. Der Antrag berührt zwar 'soziale Gerechtigkeit' (ein GRÜNEN-Kernwert), bleibt aber rein arbeitsrechtlich und ökologisch neutral — keine Verbindung zu 'planetaren Grenzen' oder 'ökologischer Transformation'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

Das GRÜNEN-Grundsatzprogramm 2020 nennt 'sozial-ökologische Transformation' und 'Teilhabe für alle' ([Q3]), aber keine konkrete Rentenregelung. Der Antrag ist nicht widersprüchlich, aber auch nicht systemisch verankert — er adressiert keine ökologische Dimension und bleibt innerhalb klassischer Sozialpolitik.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

6/10

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert 'sozialen Aufstieg weiter möglich' ([Q33]) und 'selbstbestimmte Pflege' ([Q35]), was mit einem flexiblen Renteneintritt vereinbar ist. Allerdings steht die FDP traditionell für 'Eigenverantwortung' und 'Marktwirtschaftlichkeit' — ein staatlich definiertes Schwerarbeitsmodell könnte als Bürokratie- und Eingriffsrisiko wahrgenommen werden. Kein direkter Bezug im Wahlprogramm.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Die FDP-Freiheitsthesen 2012 betonen 'Verantwortung für die Freiheit' und 'Eigenverantwortung' ([Q36], [Q39]), aber auch 'Sorge um die Belange der Belegschaft' ([Q38]). Ein evidenzbasiertes Modell mit klaren Kriterien (keine Pauschalregelung) ist mit dem Prinzip der 'fairen und niedrigen Steuern' vereinbar, wenn es nicht zu Lasten der Versicherten geht. Die Forderung nach 'Wohnortnahe Versorgung' ([Q40]) korrespondiert mit der Zielgruppe (Pflege, Industrie in ländlichen Regionen).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass ein bundesweites Schwerarbeitsmodell nach dem Vorbild von Österreich eingeführt wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ****im Bundesrat eine Initiative für ein bundesweites Schwerarbeitsmodell einzubringen, das auf wissenschaftlich fundierten Kriterien beruht (z. B. IARC-Einstufung von Nacharbeit als Gruppe 2A)**** und ****die Gemeinwohl-Ziele der sozialen Gerechtigkeit, Menschenwürde und Fachkräftesicherung verbindet****.

Begründung: Stärkt GWÖ-Treue durch explizite Verknüpfung mit Menschenwürde (D1) und sozialer Gerechtigkeit (D4) sowie Bezug zu internationaler Evidenz (IARC).

Vorschlag 2 von 3

Original: sich dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Grundlage für die Einführung und Anerkennung sogenannter „Schwerarbeitsmonate“ geschaffen wird, insbesondere bei Nacharbeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr in erheblichem Umfang sowie bei regelmäßigem Schichtdienst mit nachweisbarer gesundheitlicher Belastung.

sich dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Grundlage für die Einführung und Anerkennung sogenannter „Schwerarbeitsmonate“ geschaffen wird, ****unter Einbeziehung medizinisch validierter Belastungskriterien (z. B. zirkadiane Störung, kardiovaskuläres Risiko) sowie transparenter, nachprüfbarer Dokumentationspflichten für Arbeitgeber und Krankenkassen****.

Begründung: Erhöht Transparenz & Mitbestimmung (D5) und stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch objektive, nicht willkürliche Kriterien — vermeidet Missbrauchspotenzial und schützt vor Diskriminierung.

Vorschlag 3 von 3

Original: Darüber hinaus würde ein solches Modell die Attraktivität besonders belastender Berufe, etwa in der Pflege, Industrie und Logistik, erhöhen und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Darüber hinaus würde ein solches Modell die Attraktivität besonders belastender Berufe, etwa in der Pflege, Industrie und Logistik, erhöhen und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten — ****insbesondere für Frauen, ältere Beschäftigte und Menschen mit Behinderung, deren gesundheitliche Belastung durch Schichtarbeit oft stärker ausgeprägt ist****.

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (D2) durch explizite Berücksichtigung struktureller Ungleichheiten — vermeidet eine rein leistungsorientierte Logik, die bestehende Benachteiligungen reproduziert.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · LSA8-113

Original-Antrag

Drucksache 8/6958

Sachsen-Anhalt geht voran: Einführung eines bundesweiten Schwerarbeitsmo-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



Antrag

—

Fraktion AfD

Sachsen-Anhalt geht voran: Einführung eines bundesweiten Schwerarbeitsmodells nach österreichischem Vorbild

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass ein bundesweites Schwerarbeitsmodell nach dem Vorbild von Österreich eingeführt wird.
2. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass in der gesetzlichen Rentenversicherung eine bundeseinheitliche Definition von Schwerarbeit geschaffen wird, die insbesondere regelmäßige Schicht- und Nachtarbeit, körperlich besonders belastende Tätigkeiten sowie Tätigkeiten unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen umfasst.
3. sich dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Grundlage für die Einführung und Anerkennung sogenannter „Schwerarbeitsmonate“ geschaffen wird, insbesondere bei Nachtarbeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr in erheblichem Umfang sowie bei regelmäßigem Schichtdienst mit nachweisbarer gesundheitlicher Belastung.
4. im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass für Versicherte mit einer festgelegten Anzahl von Schwerarbeitsmonaten ein abschlagsfreier vorzeitiger Renteneintritt bis zu fünf Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze ermöglicht wird.
5. sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene die hierfür erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorgenommen werden, insbesondere im Sozialgesetzbuch VI (SGB VI) durch die Einführung eines neuen Rententatbestandes „Rente für Schwerarbeiter“, die Ergänzung der §§ 35 ff. um entsprechende Anspruchsvoraussetzungen sowie die Aufnahme einer gesetzlichen Definition von Schwerarbeit und der Anerkennung von

Schwerarbeitsmonaten; zudem sind flankierende Anpassungen im Arbeitszeit- und Arbeitsschutzrecht vorzunehmen.

Begründung

Das Modell der Schwerarbeitspension in Österreich zeigt, dass eine differenzierte Berücksichtigung von Arbeitsbelastungen im Rentensystem praktikabel und sozialpolitisch sinnvoll ist. Dort werden unter anderem langjährige Schicht- und Nachtarbeit als Schwerarbeit anerkannt und ermöglichen einen früheren Pensionsantritt.

Die gesundheitlichen Auswirkungen von Schicht- und Nachtarbeit sind umfassend wissenschaftlich belegt. Studien zeigen, dass bei langjähriger Schichtarbeit das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie die kardiovaskuläre Sterblichkeit signifikant erhöht ist.^{1, 2} Zudem besteht ein nachgewiesener Zusammenhang zwischen Schichtarbeit und psychischen Erkrankungen, Schlafstörungen sowie chronischer Erschöpfung. Ursächlich hierfür ist insbesondere die dauerhafte Störung des zirkadianen Rhythmus, die zu hormonellen und metabolischen Veränderungen führt und langfristig Erkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes und Herzkrankheiten begünstigt.^{3, 4}

Besonders gravierend ist die Bewertung durch internationale Gesundheitsorganisationen. Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation stuft Nachtarbeit als „wahrscheinlich krebserregend“ (Gruppe 2A) ein.¹

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse belegen, dass viele Beschäftigte in Schicht- und Nachtarbeit ihre Tätigkeit nicht bis zum regulären Renteneintrittsalter unter vergleichbaren gesundheitlichen Bedingungen ausüben können.

Das derzeitige Rentensystem in Deutschland berücksichtigt diese Unterschiede nur unzureichend. Dies führt dazu, dass stark belastete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine geringere gesunde Lebenserwartung im Ruhestand haben, obwohl für sie die gleiche Regelaltersgrenze gilt.

Ein Schwerarbeitsmodell mit klar definierten Schwerarbeitsmonaten würde eine objektive und nachvollziehbare Grundlage schaffen, um besonders belastete Erwerbsbiografien an-

¹ <https://www.aerzteblatt.de/news/schichtarbeit-erhoeht-sterberisiko-82bcd2cc-6b54-4641-b9f9-6deaa52f311f>

² <https://www.aerzteblatt.de/news/schichtarbeit-als-kardiales-risiko-15516212-be61-40eb-8f0e-a1b9ac5da5bd>

³ <https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Dauernachtarbeit.pdf>

⁴ <https://www.aerzteblatt.de/news/schichtarbeit-vermeidung-von-nachtlichem-essen-schont-das-herz>

gemessen zu berücksichtigen. Ein abschlagsfreier Renteneintritt bis zu fünf Jahre vor der Regelaltersgrenze stellt hierbei einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit dar.

Darüber hinaus würde ein solches Modell die Attraktivität besonders belastender Berufe, etwa in der Pflege, Industrie und Logistik, erhöhen und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Da die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland Bundesrecht ist, kann eine entsprechende Regelung ausschließlich auf Bundesebene erfolgen. Das Land Sachsen-Anhalt ist daher aufgefordert, im Bundesrat eine entsprechende Initiative einzubringen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz